

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 45 (1966)
Heft: 11

Artikel: Helvetische Malaise
Autor: Lang, Bernhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337842>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

präziser, explizierter und keineswegs pleonastischer Name für eine ganz bestimmte Methode der Gesellschaftskritik und der Gesellschaftspolitik. Er ist – seinem ideologischen Wesen nach – radikal und hat nichts zu tun mit irgendwelchen Verwässerungen und Abschwächungen, noch mit Abschwörungen von bestimmten sozialistischen Quellen. *«Demokratischer Sozialismus» ist nicht der Name einer Ideologie, sondern der Name für eine Arbeitsmethode und steht insofern mit dem Sozialismus nicht im Widerspruch, sondern in Korrelation mit der sich Sozialismus nennenden Ideologie.*

Das Wort «Arbeitsmethode» ist gefallen. Ein Beispiel. Ein Hauptpunkt unseres politischen Wollens ist die Demokratisierung der Wirtschaft. Würde dies über das im Programm 59 geforderte Mitbestimmungsrecht verwirklicht, so hätte man vor sich eine Demokratisierung mit sozialen Folgen. Umgekehrt: Heben wir die Kaufkraft der arbeitenden Menschen an, so haben wir vor uns eine Verbesserung des sozialen Status mit entsprechenden demokratischen Folgen, nämlich einen vermehrten Konsumanteil auch an gehobeneren Gütern und unter Umständen eine gleichmäßigere Einkommensverteilung. Daraus ersieht man, daß die praktische sozialdemokratische Politik die gegenwärtigen Zustände von zwei Seiten her anzugreifen hat: von den demokratischen und von den sozialen Zuständen her. Die soziale Frage hört nicht beim Geldsäckel auf. Ebenso ist die demokratische Frage nicht am Ende beim allgemeinen Stimm- und Wahlrecht.

Nun besteht die Frage an die Tessiner und an die Welschen: Können wir uns nicht auf den demokratischen Sozialismus als Name, nicht für die Ideologie, sondern für unsere Arbeitsmethode, einigen? Ist es nicht sinnvoll, wenn wir unserer Partei den Namen unserer Arbeitsmethode geben?

DR. MED. BERNHARD LANG

Helvetisches Malaise

In einem vor kurzem in der «Berner Tagwacht» erschienenen Artikel versuchte Prof. Max *Weber*, die in der «Roten Revue» veröffentlichten Betrachtungen von Prof. Urs *Jaeggi* über das politische Leben in der Schweiz, und namentlich seine Kritik an der SPS, der er Verbürgerlichung und Mangel an neuen Ideen vorwirft, zu entkräften. *Weber* lehnte es ab, mit seinem Widerpart in eine offene Diskussion einzutreten, solange dieser es unterlasse, an Hand konkreter Tatsachen und Beispiele, die Begründetheit seiner Kritik zu beweisen; er taxierte *Jaeggis* Aussagen als völlig aus der Luft gegriffen, so daß man sie nicht ernst nehmen könne.

Einige Tage später publizierte Kurt *Schweizer* seinen Kommentar zum Thuner Parteitag, der im Ausruf kulminierte: die bernische Sozialdemokratie kennt kein Malaise.

Damit könnte man annehmen, Prof. Jaeggi sei erledigt. So einfach liegt der Fall aber nicht. Daß effektiv ein Mißbehagen im schweizerischen politischen Leben herrscht, das empfinden alle einigermaßen Informierte, und dafür zeugen mit aller Deutlichkeit die Publikationen von Prof. Imboden, Basel, Prof. Herbert Lüthy, Zürich, und, wenn auch etwas indirekt, jene des Nationalökonomens, Prof. E. Böhler, Zürich, ganz abgesehen von den unzähligen diesbezüglichen Betrachtungen im ganzen schweizerischen Blätterwald, inklusive die «Rote Revue» in Zürich, der man gewiß nicht Parteifeindlichkeit zutrauen wird.

Man sieht: es liegt offenbar ein Mißverständnis vor, über das, was man ein Malaise zu nennen pflegt. Dieses Mißverständnis gilt es aufzuklären, um die Bahn frei zu machen für eine offene und loyale Aussprache. Es kommt leider nicht von ungefähr, daß die ersten Kritiker des neueren schweizerischen politischen Geschehens, den Ausdruck Malaise gewählt haben. Dieser französische Terminus bedeutet auf Deutsch Mißbehagen. Es handelt sich also dabei um ein Gefühl. Gefühle sind bekanntlich irrational, unpräzise, vage und lassen sich deshalb nur selten exakt umschreiben. Sie stammen aus der Tiefe unserer Seele, und stellen eine Art Quintessenz aus all den tausend Eindrücken, Erlebnissen und Erfahrungen dar, die wir jahraus jahrein sammeln, und die wir im Trubel der täglichen Geschäfte, ohne sie eingehend zu analysieren, aber immerhin doch mit einem unzweideutigen positiven oder negativen Vorzeichen versehen, in unserem Gedächtnis aufstapeln, oder noch häufiger, ganz automatisch in unser Unterbewußtsein abschieben. Was für Erfahrungen?

Zum Beispiel das Verhalten dieses oder jenes Parteigenossen, seine Menschlichkeit, seine Loyalität, seinen Eigennutz oder seine Feigheit, seine Solidarität, seine Kameradschaftlichkeit, seine wahre Kompetenz und Intelligenz, aber auch sein Strebertum ohne rechte Qualifikation, seine diktatorischen Allüren, wenn einmal fest im Sattel, seine Machenschaften um den Besitz eines erwünschten Postens, oder um die Konkurrenz eines unliebsamen Nebenbuhlers auszuschalten; die Schwierigkeiten als simpler Genosse, sich an Parteiversammlungen Gehör zu verschaffen; die Vetterliwirtschaft; die macchiavellistischen Manöver gewisser Klüngel, um an die Macht zu gelangen, das heißt Gemeinderat, Großrat, Nationalrat, Regierungsrat, ja sogar Bundesrat zu werden! Kurz: es geht hier um die altbekannten Leidenschaften, Tugenden und Laster, die sich seit Adams Zeiten kaum geändert haben. Und gerade weil dem so ist, wenden die Leugner des Malaise nicht ganz zu Unrecht ein: warum ein solches Aufheben machen wegen dieser menschlichen Schwächen, die es doch immer gegeben hat?

Unsere Auffassung ist folgende: Als Sozialisten kämpfen wir für eine bessere Menschheit; dieses «Besser» besteht jedoch nicht ausschließlich in

höheren Löhnen, besserem Wohnen, kürzerer Arbeitszeit, müheloserem Arbeiten, mehr Ferien usw., wie grundlegend wichtig das alles selbstverständlich auch ist, sondern gerade so sehr im systematischen Erwerb geistiger Werte, im Sammeln von wissenschaftlichen, künstlerisch-kulturellen Kenntnissen, und als Krönung des Ganzen, in der Erarbeitung und Aneignung einer wahrhaftigen, gerechten, freien, wirklich menschlichen Weltanschauung, und dem täglichen tapferen Versuch, ihr redlich nachzuleben!

Denn die Wirren der heutigen Zeit in Familie, Gemeinde, in allen Ländern und Kontinenten, sollten es allmählich dem Hintersten klar gemacht haben, daß ohne eine verbindliche höhere Ordnung, der sich alle willig fügen, ein selbst relativer Weltfriede kaum verwirklicht werden kann. Der Weltfriede bleibt aber so lange eine fiktive Größe, als er sich nicht stützen kann auf den Frieden im Herzen des einzelnen. Und dies wiederum ist nur mittels einer zielbewußten, geduldigen Erziehung zu erreichen; einer Erziehung, die sich gründet auf die strikte Beachtung der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit, wie wir dies kürzlich in unserem Aufsatz: «Moratorium der Ethik» («B. T.» vom 14. Juli 1966) skizziert haben. Die Erkenntnis, daß es ohne eine universale Grundanschauung nicht abgeht, spiegelt sich in dem Bestreben der Nationen aller Erdteile, sich zu einem Völkerbund zusammenzuschließen, in welchem die gemeinsamen Interessen auf demokratische Weise geordnet, und die Meinungsverschiedenheiten auf dem gewaltlosen Verhandlungswege beigelegt werden können. So erfreulich die Entwicklung dieses Völkerbundes auch ist, die Praxis der UNO hat bewiesen, daß ihr das entscheidende Element fehlt. Nicht ohne eine gewisse Ahnungslosigkeit glaubte man annehmen zu dürfen, daß eine föderative Union in sich selbst die Kraft des Friedens trage, ungefähr mit der gleichen Naivität, mit der man wähnt, die einzige Vereinigung der Leiber mache die ganze Liebe aus. Nein, in beiden Fällen ist eine seelisch-geistige Kraft notwendig, die die verschiedenen Völker, die beiden Liebespartner zusammenhält. Nur ein oberstes geistiges Prinzip setzt die auseinanderstrebenden Elemente in Stand, sich in Wahrheit, auf gerechte, wirklich menschliche Weise zu verbinden. Nur von diesem Zentrum aus, können wahre Solidarität, Toleranz, Opferbereitschaft sämtlicher Partner mit Aussicht auf Erfolg aufgerufen werden. Nur von einer übergeordneten, völlig neutralen Instanz aus, können alle Beteiligten auf jene Tugenden und Imperative unmißverständlich verpflichtet werden. Mit jener zentralen Instanz, mit jenem übergeordneten Prinzip – man entschuldige diese Präzisierung – meinen wir eine geheimnisvolle Kraftquelle, die außerhalb des Individuums und des Kollektivs liegt, und die man früher ganz schlicht «Glauben» nannte. Ohne das wird es nicht gehen.

Eine theoretisch abstrakte Charta der Nationen besitzen wir ja bereits; aber das Abstrakte spendet erfahrungsgemäß keine effektive Kraft, das vermag allein ein lebendiger Glaube. Aber eben: dieser Glaube will geweckt, will gepflegt sein; wir müssen ihn durch Bewährung vertiefen und verallgemeinern. Aber in der Politik, in der großen wie in der kleinen, gibt man sich nie mit solchen Phänomenen ab; hier gilt eben das Moratorium der Ethik! Mit den Folgen, die wir kennen. In unserer Partei ist es nicht anders; dies erklärt sich weitgehend durch unsere dogmatische Grundverfassung. Der Marxismus ist bekanntlich eine radikal glaubensfreie Lehre; er stellt ausschließlich auf den Menschen ab. So positiv revolutionär er sich in den vergangenen 100 Jahren ausgewirkt hat, so wird heute doch kein denkender Mensch leugnen wollen, daß die systematische Ausklammerung des Faktors: Geist und Ethik als unantastbares Leitprinzip in der praktischen politischen und sozialen Arbeit, die Arbeiterschaft in eine höchst gefährliche Sackgasse geführt hat. Darüber täuschen auch keine, noch so erfreulichen materiellen Errungenschaften, den Tieferblickenden hinweg. Das von der Mehrheit aller Kreise und Parteien geleugnete Malaise hat an dieser Stelle seinen eigentlichen, tiefen Grund. Der Mensch ahnt dumpf, ohne diese Ahnung immer genau formulieren zu können, daß hier ein Vacuum vorliegt, und er manifestiert sein schwindendes Vertrauen in Partei und Politik und ihre offiziellen Träger durch Stimmenthaltung, Nonkonformismus, oder totale politische Gleichgültigkeit.

Diesen Tatbestand gilt es zu erkennen, und mehr noch: anzuerkennen. Die Geneigtheit dazu ist leider bei allen Parteien sehr gering. Es besteht im Gegenteil eine erstaunliche Solidarität aller Politiker, das Ethische im Raum des Politischen auszuklammern. Man möge mich nicht mißverstehen; der Volksvertreter kann an sich ein absolut ehrenwerter und integrier Mensch sein, aber er vermeidet es bewußt, bei der Behandlung von politischen Geschäften, oder bei Wahlen den Faktor Geist und Ethik gebührend zu berücksichtigen, als hätten diese im Politischen überhaupt keine Heimatberechtigung. Aber jeder Sozialist, der den Mut zu einer wahren Diagnose aufbringt, wird bekennen müssen, daß die zum Teil katastrophalen Rückschläge der Arbeiterbewegung in Österreich, Holland, Dänemark, Norwegen und neuerdings in Schweden, letztlich auf ein ethisches Versagen zurückzuführen sind. Daran ändert nichts den Einwand der Politiker und Parteiorgane, die erwähnten Erschütterungen seien wirtschaftlich bedingt; eine genaue Analyse der wirtschaftlichen Situation in den betreffenden Ländern widerspricht dieser Erklärung kategorisch. Gewiß spielen die wirtschaftlichen Faktoren bei Abstimmungen und Wahlen eine entscheidende Rolle. Aber daß die ökonomischen Verhältnisse so und nicht anders sind, ist ja gerade der Ausdruck der Fähigkeit oder des Ungenügens jener Män-

ner, die dafür verantwortlich sind. Es sind immer Menschen, die die Verhältnisse schaffen, daran gibt es nichts zu rütteln. Die sogenannte Eigen-gesetzlichkeit der Wirtschaft ist bekanntlich ein Mythos. Es ist also an der Zeit, daß wir das Nessushemd des Marxismus, und speziell den hitsorischen Materialismus als Weltanschauung, weniger jedoch den Marxismus als öko-nomische Denkmethode, ablegen, und der seelisch-geistigen Gesamtver-fassung des einzelnen Sozialisten, die gebührende Aufmerksamkeit widmen. Das Widerstreben der Politiker und Behörden, diesen Umstand ernst zu nehmen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, schafft mit der Zeit jene Atmosphäre von Unwillen, von Enttäuschung und Zorn beim Stimmbürger, die man eben mit dem Sammelnamen Malaise benennt!

Weil immer mehr unabhängig denkende Menschen feststellen, daß die Regierungen, die Parlamentarier, die führenden Schichten in Industrie und Gewerbe, selbst in der Wissenschaft, von diesem ethischen Defizit überhaupt keine Notiz nehmen, macht sich überall in der Welt das besagte Unbehagen geltend. Das anarchistische Verhalten der Halbstarcken, das Aufkommen ärgerlicher Nonkonformisten, die sarkastisch-zynischen Tendenzen in der Literatur, die Kriege in Asien und Afrika, die rassischen Auseinandersetzungen in Südafrika und in den Vereinigten Staaten, die fast universale Streiktendenz im Zeitalter der Hochkonjunktur, und das selbst in sozia-listisch regierten Ländern; die Studentenkrawalle, das alles sind Symptome schwindenden Vertrauens in die traditionelle Führung, ja der Resignation und Verzweiflung ob der Rat- und Planlosigkeit der leitenden Kreise; die vordergründig administrativ-technisch-wirtschaftliche Prosperität ist nichts als eine Täuschung, aus der uns ein schmerzliches Erwachen droht!

Von Prof. Jaeggi und seinen Mitarbeitern erschien vor kurzem eine Ar-heit, in welcher das Ergebnis einer Untersuchung bekanntgegeben wurde, die diese Soziologen über den Stand der Information durchgeführt haben, die dem schweizerischen Zeitungsleser von seinem Blatt geboten wird. Die Enquête bezog sich auf acht Tages- und Wochenzeitungen und berücksich-tigte die Berichterstattung während des Monates Januar 1966 über den Vietnamkrieg. Dabei ging es den Autoren keineswegs um eine Bewertung der politischen Stellungnahme der betreffenden Redaktionen, sondern ein-zig um die Beantwortung der Frage, mit welcher Unvoreingenommenheit und Loyalität der Leser über die Ereignisse im Fernen Osten aufgeklärt wird! Die Verfasser stellen fest, daß die meisten Zeitungen fast ausschließ-lich Agenturmeldungen amerikanischen Ursprungs bringen. Auch die «Ber-ner Tagwacht». Dadurch besitzen die USA propagandistisch einen deut-lichen Vorsprung, gegen den die spärlichen nordvietnamesischen oder chi-nesischen Nachrichten nicht aufkommen. Zudem wird fast exklusiv über rein kriegerische und diplomatische Aktionen rapportiert, und zwar fast

immer in einem den USA zustimmenden Sinne, während die kommunistischen Agenturmeldungen von vornherein als wenig glaubwürdig diskriminiert werden. Auf diese Art ist es quasi unmöglich, daß sich der durchschnittliche Zeitungsleser ein einigermaßen zutreffendes Bild über die wahre Lage in Südostasien machen kann. Insbesondere fehlen in den getesteten Zeitungen meistens eingehende Schilderungen der Situation der Zivilbevölkerung in den vom Krieg direkt betroffenen Gebieten: Zahl der Toten, der Verletzten der Erkrankten, der Verhungerten, Gasgeschädigten, usw. Ist es nicht verwunderlich, daß die sozialistischen Zeitungen keine Sonderstellung einnehmen, und ohne damit sich zu Verteidigern des fernöstlichen Kommunismus zu machen, sich mindestens einer sachlichen Neutralität bemühen und ihre Leser eingehender über die Geschehnisse in Nordvietnam und China, und auch über die bei uns so ziemlich unbekanntere Vorgeschichte dieser früheren Kolonialländer aufklären? In dieser Beziehung verdienen unsere Parteiorgane – der Basler «Vorwärts» ausgenommen – leider keine gute Note. Da steht der «Tages-Anzeiger» unzweideutig besser da; seine Informationen sind laut Prof. Jaeggi die unparteiischsten aller geprüften Blätter, reichen aber bei weitem nicht an die Gründlichkeit und Mannigfaltigkeit der Meldungen und Berichte eines «Guardian» oder des «Nouvel Observateur» heran.

Der Leser wird ungeduldig: Was hat das mit helvetischem Malaise überhaupt zu tun? Die Zusammenhänge sind leicht zu erkennen. Ohne der Sache Gewalt anzutun, darf man behaupten: Wie die Information, so die öffentliche Meinung. Man darf vermuten, daß sich der Testfall Vietnam, in bezug auf andere Ereignisse der internationalen Politik, weitgehend bestätigen würde. Eigentlich wissen wir das alles in petto ganz genau, aber wir reden nicht gerne davon; unser respektives Leibblatt macht es ja nicht anders. Jeder von uns schätzt es sehr, seine eigene, meist etwas einseitige Meinung, bestätigt zu sehen und drückt nachsichtig beide Augen zu, wenn ihm vorenthalten wird, was er nicht zu wissen wünscht. Praktizieren es jedoch alle Blätter so, so ergibt das zusammengenommen keine gute Politik, denn wir verhandeln alle miteinander auf der Grundlage unzureichender Informationen, also vorgefaßter, unrealistischer Meinungen.

Über kurz oder lang landen wir in einer Sackgasse. Das Malaise ist eben das prämonitorische Symptom, das uns auf diese Ausweglosigkeit aufmerksam macht.

Auf die scheinbar durchaus berechtigte Aufforderung Prof. Webers an die Unheilverkünder, sie möchten doch mit konkreten Tatsachen und Besserungsvorschlägen aufwarten, statt ins Leere hinaus zu jammern, möchten wir folgendes zu bedenken geben: Wie oft kommt ein Patient in die Sprechstunde und klagt über unbestimmte Beschwerden und Empfindungen. «Ich

weiß nicht genau, wo es fehlt», sagt er seinem Arzt, «Sie müssen mich gründlich untersuchen, ich bin einfach krank.» Der Arzt nimmt eine genaue Untersuchung vor, und – wenn er wirklich ehrlich ist, . . . er ist es nicht immer, aus psychologischen, aus praktischen, oder aus andern Gründen . . . wird er so und so oft erklären: «Ich finde nichts.» Bedeutet das nun, der Ratsucher sei völlig gesund und normal leistungsfähig? Keineswegs; es bedeutet nur soviel: Das reale Mißbehagen des Patienten hat noch nicht den Grad erreicht, wo es mittels handgreiflicher körperlicher Zeichen objektiv faßbar ist. Aber daß der betreffende Mensch effektiv bereits schon krank ist, das fühlt der erfahrene Arzt intuitiv ganz untrüglich.

In ähnlichem Sinne kann man von einer drohenden sozialen Erkrankung sprechen, die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat, aber sich eben durch ein schlecht definierbares Mißbehagen bemerkbar macht. So sehr es medizinisch katastrophal wäre, abzuwarten, bis zur völligen Reife der Krankheit, um dann in klarer Erkenntnis der eigentlichen Affektion sinnvoll und energisch zu intervenieren, ebenso falsch wäre es, bei sozialen Mißständen mit zweckmäßigen Eingriffen, Um- oder Neukonstrukturen usw. zu zögern, bis zum Zeitpunkt, wo wir in einer totalen Sackgasse gefangen sind?

Der große Arzt ist der, welcher das vage Malaise richtig interpretiert. Dies gelingt ihm aber nur, wenn er sich gründlich informiert, das heißt wenn er sich geduldig-eingehend nach der Vorgeschichte der momentanen noch unklaren Erkrankung, respektive ihrer Vorwehen, erkundigt. Ganz analog ist der große Politiker jener, der frühzeitig die noch keimhaften Symptome einer herannahenden sozial-wirtschaftlichen Krise erkennt und unverzüglich die sich aufdrängenden Korrekturmaßnahmen ins Auge faßt.

Die Ankündiger eines – Hand aufs Herz – bereits sehr ausgeprägten Malaise, als Miesmacher oder Querulanten zu taxieren, mahnt einen an jenen Bauern, der seinen Barometer zum Fenster hinausschmeißt, weil dieser sich mitten in einer Schönwetterperiode erfrecht, zu sinken.

Eingangs sprach ich von einem Mißverständnis; dieses besteht offenbar darin, daß wir aneinander vorbeireden!

Einem so aktiven und erfolgreichen Politiker wie Prof. Weber wird es gewiß kein vernünftiger Mensch übelnehmen, wenn er über die Cassandra-rufe gewisser Kritiker sich ärgert. Gestützt auf seine jahrzehntelange konsequente, produktive und völlig uneigennützige Mitarbeit als Nationalrat und zeitweiliger Bundesrat, an einer ganzen Anzahl bedeutender Sozialwerke, kann er mit vollem Recht hinweisen, daß in der eidgenössischen Politik und in seiner Partei allerhand Wertvolles, dem ganzen Volk zum dauernden Wohl Gereichendes, geleistet worden ist, das sich bestimmt sehen lassen darf, und das eine gewisse unsachliche, ja hämische Kritik einfach nicht verdient. Es sind denn auch gar nicht die unbestreitbaren großen sozialen

Leistungen, die von jenen «Malaise-Männern» bemängelt werden, sondern es geht diesen ganz unmißverständlich um völlig andere Sachen! Es dreht sich um jene Zeiterscheinung, die wir in unserem «Moratorium der Ethik» gekennzeichnet haben. («Berner Tagwacht», 14. Juli 1966.)

In einem Zeitpunkt, wo die wissenschaftliche Elite sämtlicher Fakultäten sich mit wachsender Besorgnis der Untersuchung der erschütterten Fundamente der heutigen Gesellschaft widmet, wirkt es reichlich naiv-selbstbewußt, wenn gewisse Parlamentarier das bestehende Malaise leugnen, und wähen, mit Reformen und Revisionen der Superstrukturen sei es getan. Beides gehört unabdingbar zusammen.

Nationalstraßenbau,
Finanzplanung,
Landesverteidigung,
Bodenrechtsreform,
Sozialer Wohnungsbau,
AHV-Revisionen,

Nationalratswahlen 1967... das alles sind zweifellos eminent wichtige sozialpolitische Angelegenheiten und wir zollen den Männern, die sich um sie bemühen, Dank und Anerkennung. Es gibt aber ein noch bedeutsameres Problem.

Wenn wir das Krachen im Gebälk der ethisch-geistigen Verfassung unseres Volkes hören, wenn wir die oben angeführten Krankheitssymptome bedenken, so werden wir erkennen, daß letztlich nur eine geistig moralische Umkehr wirklich helfen kann. Eine allgemeine Neubesinnung auf die geistigen Grundprinzipien, auf die ewig-umwandelbaren geistig-sittlichen Werte, ist gefordert. Wenn dies niemand zu sagen wagt, müssen wir Aerzte es tun. Denn darüber hört man weder aus dem Bundeshaus, noch aus dem Parlament, noch aus der politischen Presse etwas Entscheidendes.

Nein, das Malaise können wir, ohne uns selber zu belügen, nicht leugnen.